Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 127 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe — Dienstag, 18. März

Anzeigenpreis: Einzige Anzeigenpreise je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorherigem Kauf.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6200. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Ein kalter Strahl

Keine Erhöhung der Brotration

Berlin, 17. März.

Wie die Blätter melden, wird das mit der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen zunächst nicht gestatten, die Brotration zu erhöhen, selbst wenn die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angekommen ist. Diese Sendung kann nur dazu dienen, die bisherigen Brotrationen sicherzustellen, die ohne die Getreidezufuhr schon in nächster Zeit hätten heruntergesetzt werden müssen. Ob später die Rationen erhöht werden können, wird von der weiteren Zufuhr abhängen, die nur möglich sein wird, wenn wir die zur Einfuhr zugelassenen Quantitäten im Auslande kaufen können und die nötige Tonnage haben, um die Einfuhren zu bewerkstelligen. Können wir diese Voraussetzungen erfüllen, dann wird sich später allerdings unsere Versorgung, insbesondere mit Brot, Fleisch und Fett, günstiger gestalten. Dagegen dürfte mit einer Verbesserung des Preises zu rechnen sein, da man die Ausmahlung des Getreides herabsetzen kann. Ueber die Verteilung der Fett- und Fleischmengen läßt sich noch nichts Sicheres sagen. Es sollen Erwägungen darüber angestellt werden, die Großstädte zu bevorzugen. Das amerikanische Schmalz besitzt nicht den feinen Geschmack, den man vom Schweinefett gewohnt ist. Der amerikanische Speck ist ungeräuchert in Salz und Salpeter konserviert. Es empfiehlt sich, den Speck zu wässern und dann räuchern zu lassen. Das Schweinefleisch ist gepökelt und recht schmackhaft. Ausgezeichnet ist das Dörrfleisch, das in langen schmalen Streifen getrocknet ist. An kondensierter Milch wird gezuckerte und ungesüßte Vollmilch geliefert.

Wer seine Kammer schon gefüllt sah, der lese aus dieser Meldung heraus, was er von den amerikanischen Lebensmitteln wissen muß. Zuerst: daß sie trotz aller Verhandlungen nur dann kommen können, wenn die Tonnage vorhanden, die Seeleute nicht streiken und die Schiffe Kohlen haben. Und wenn sie in Deutschland sind, wird die Ernährung auch noch keine schlagartige Verbesserung erfahren. Es wird lange noch alles beim alten bleiben, vielleicht wird das Brot bei geringerer Ausmahlung des Getreides besser. Damit ist's aber vorläufig genug. Die Fett- und Fleischrationen gehen in größeren Mengen in die seitherigen Großstädte und werden nicht jedermann befriedigen, da der Deutsche sich an Dörr- und Dauerfleisch bekanntermaßen schwer gewöhnt. Von großen Preisen wird eine ausreichende Lieferung von kondensierter Milch sein, die das Eineelei der Flaschenernährung etwas kräftiger machen wird. In allem aber: keine zu hoch gespannten Erwartungen und — abwarten!

Stockholm, 17. März.

Wie aus Stockholm berichtet wird, ist die Minengefahr in der Nordsee noch außerordentlich groß. Die schwedische Fischerei ist gänzlich unterbunden, da die Fischer nicht wagen, in See zu gehen.

Nur vier Tage Vorfriedensverhandlungen

Berlin, 17. März.

Nach einer Meldung der „Daily Mail" sind im Grand Hotel Noberne in Versailles 66 Zimmer für die deutschen Delegierten, die übernächste Woche aus Paris eintreffen sollen, in Bereitschaft gesetzt worden. Der Aufenthalt der deutschen Delegierten dauert voraussichtlich nur vier Tage.

Das Schiffahrtsabkommen

Berlin, 17. März.

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, alle ihre Energie darauf zu konzentrieren, Schiffe von erhöhter Tragfähigkeit bauen und vom Stapel gehen zu lassen. Für die Bedürfnisse der deutschen Ostfront wird eine Anzahl von Schiffen freigegeben. Die feindlichen Vertreter betonten, es könne gar keine Rede davon sein, daß bei der ersten Anfahrt der britischen und französischen Häfen durch deutsche Mannschaften diese beibehalten würden. Die deutschen Mannschaften würden auf Kosten der Alliierten, aber auf Schiffen, die Deutschland zu stellen hätte, in ihr Heimatland zurückbefördert. Dagegen sei die Frage der deutschen Bemannung der Schiffe für eine nochmalige sehr ernste Erwägung reif, wenn Deutschland seine eigenen Schiffe mit Kohle versorgen könnte, so daß sie die transatlantische Fahrt machen könnten, ohne in England oder Frankreich zu bunkern. Eine Diskussion entspann sich auch darüber, ob die auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe unter das Abkommen fallen und ausgeliefert werden sollen, oder in deutschem Besitz bleiben. Die Deutschen vertraten natürlich den Standpunkt, daß diese Schiffe nicht unter das Abkommen fallen. Die feindlichen Delegierten werden darüber ihren Regierungen berichten.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 17. März.

Wie aus von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ergibt eine genaue Sichtung, daß 1250000 Tonnen deutscher Schiffe sofort auslaufen können, eine Zahl, die hinreicht, um bei regelmäßiger Fahrt die notleidenden Länder reichlich mit Lebensmitteln zu versehen.

Genf, 17. März.

In Mitteilungen an die alliierten Pressevertreter hat Pichon über das Schicksal der deutschen Handelsflotte erklärt, daß es nur zur Verfügung der interalliierten Ernährungskommission gestellt sei, aber nicht in den Besitz der Alliierten übergehen werde. Weiterhin wies Pichon darauf hin, daß in der letzten Zeit sich die Friedenskonferenz mit der Zukunft von Konstantinopel beschäftigen wird. Ferner, daß mit dem Scheiteln der Konferenz auf den Prinzeninseln das letzte Wort in der russischen Frage noch nicht gesprochen worden sei und, daß die Alliierten sich in aller Kürze mit dem Problem wieder beschäftigen werden.

*

Die mildtätigen Schweden

Stockholm, 17. März.

Das schwedische Rote Kreuz ist damit beschäftigt, die Unterbringung notleidender Kinder aus Deutschland, Oesterreich, Polen, Belgien und den baltischen Provinzen in Schweden vorzubereiten. Man rechnet zunächst mit 700 Kindern, die im Laufe des Monats April hier erwartet werden. Die Vorverhandlungen mit den zuständigen Stellen in Deutschland und Oesterreich sind bereits im Gange. Außerdem plant das schwedische Rote Kreuz eine Sammlung von Leinenwäsche, um diese den deutschen Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen.

*

Wilson als Schiedsrichter

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Bern, 17. März.

Nach Pariser Informationen hat sich Präsident Wilson entgegen seiner ursprünglichen Absicht bisher nicht mit der Prüfung der Bedingungen für den Vorfrieden mit Deutschland befassen können. Hingegen seiner ursprünglichen Absicht hat er die Zeit seiner Ankunft in Paris mit den Bemühungen zur Beilegung des italienisch-südslawischen Konflikts zugebracht, der sich seit einigen Tagen wieder erheblich verschärft hat. Wilson hat in dieser Frage sowohl Sonnabend wie Sonntag längere Unterredungen mit Orlando geführt, die bisher jedoch ergebnislos geblieben sind.

Empfang in der „Heimat"

Kopenhagen, 17. März.

Gestern trafen hier aus englischen Kriegsgefangenenlagern 300 Nord-Schleswiger ein, denen ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Ihnen zu Ehren sind verschiedene Festlichkeiten geplant. Am kommenden Mittwoch werden weitere 710 Mann ankommen.

Gesetzgeplänkel um des Kaisers Auslieferung

Haag, 17. März.

In der Ersten Kammer erklärte Professor Wemdbon, er protestiere gegen jedes Eingehen der Regierung auf ein Gesuch um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, gleichgiltig, wie diese Absicht begründet sein würde. Der Justizminister antwortete, daß allein das Gesetz bei der Beurteilung eines derartigen Gesuchs entscheidend sein werde.

Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt

Rudolstadt, 17. März.

Der neue Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt wird sich nach den Ergebnissen der gestern stattgefundenen Wahlen wie folgt zusammensetzen: Mehrheitssozialisten 10, Deutschdemokraten 3, Bauernbund 2, Deutsche Volkspartei 1 und Unabhängige Sozialdemokraten 1 Sitz.

Frühere Einberufung der Nationalversammlung

Berlin, 17. März.

Die bis zum 25. März vertagte Nationalversammlung soll noch im Laufe dieser Woche einberufen werden, falls die Verhandlungen in Paris vor dem 20. März zum Abschluß kommen. Die Reichsregierung soll voraussichtlich am 23. März nach Weimar zurückkehren. Von einer Uebersiedelung der Nationalversammlung nach Berlin vor Abschluß der Arbeiten wurde endgiltig Abstand genommen. Man rechnet, daß die Nationalversammlung bis Ende Mai in Weimar tagen und dann als verfassungsmäßiges Volkshaus zur Vornahme der laufenden parlamentarischen Arbeiten nach Berlin übersiedeln wird.

Der bayerische Landtag tagt wieder

München, 17. März.

Der bayerische Landtag trat heute vormittag wieder um im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Sitzung wurde eröffnet durch den stellvertretenden Alterspräsidenten Dr. Lochhammer (Bayerische Volkspartei), der die Abgeordneten begrüßte und dem Abschen über die blutigen Ereignisse in der ersten Sitzung des Hauses Ausdruck gab. Das Haus hörte seine Ausführungen stehend an. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Franz Schmidt (Mehrheitssozialist) gewählt. Darauf wurde nach kurzer Beratung das Staatsgrundgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen und der Abgeordnete Hoffmann (Sozialist) mit der Wahrnehmung des Postens des Ministerpräsidenten einstimmig betraut.

Keine Aufhebung der theologischen Fakultät

Berlin, 17. März.

Der „Tag" bringt in seiner Nummer vom 15. März eine Notiz über die angeblich beabsichtigte Aufhebung der theologischen Fakultäten an den preußischen Hochschulen. Die Notiz gründet sich auf einen in Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrag eines Herrn Alfred Diedrich, der als Vertrauensmann des Kultusministers Haenisch bezeichnet wird. Dazu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß im Kultusministerium über die Aufhebung der theologischen Fakultäten überhaupt noch nicht verhandelt worden ist. Es versteht sich, daß, wenn solche Verhandlungen in Frage kommen, sie nur in engster Verbindung und in vertrauensvollster Zusammenarbeit mit den beteiligten Kreisen geführt werden. Im übrigen hält Herr Diedrich seine Vorträge keineswegs im Auftrage des Kultusministers. Er ist zwar gelegentlich zu Arbeiten im Kultusministerium herangezogen worden, und an seinen guten Absichten besteht kein Zweifel. Der Kultusminister muß es jedoch rundweg ablehnen, im einzelnen für die Ansichten und Ausführungen des Herrn Diedrich verantwortlich gemacht zu werden.

Die Machtmittel des alten Systems

Die Verhängung des Belagerungszustandes über Groß-Berlin durch die jetzige Regierung ist ein Schritt, der am besten beweist, wie wenig uns die Revolution auf dem Wege zu einer „neuen Freiheit" gefördert hat. Es ist eine Rückkehr zu den Machtmitteln des alten Systems, über dessen brutale Unterdrückungssucht sich die zielbewußten Sozialisten theoretisch nicht genug empören können. Damals, am 9. November, haben der Reichskanzler Prinz Max und diejenigen, die ihm ihren Rat aufdrängten, die Anwendung des Belagerungszustandes verhindert, und die erste Maßnahme der Revolutionsregierung an jenem Tage war es alsdann, daß sie den Belagerungszustand, weil überflüssig für ein freies Volk, aufhob. Wir müssen uns also wohl seitdem unter dem Zepter der sozialistischen Revolutionsmänner sehr „reaktionär", sehr unfreiheitlich entwickelt haben, wenn jetzt der Reichswehrminister Noske im Namen der Regierung den Belagerungszustand unter Androhung der entsprechenden schweren Strafen verhängt, nachdem er schon im Januar durch seinen vielbesprochenen Schießerlaß weit in das Arsenal des alten Systems zurückgegriffen hatte.

Es zeigt sich eben von Tag zu Tag mehr, daß sich mit der revolutionären Phrase in so gärenden Zeiten wie der heutigen den Anforderungen an die Notwendigkeiten des Daseins nicht genügen läßt. Um jetzt Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen, bedarf es einmal einer festen, bewaffneten Hand. Man hat viel und prahlerisch von der Beseitigung des „Obrigkeitsstaates" geredet. Heute wären die ordnungliebenden Schichten nicht nur im Bürgertum, sondern auch in der Arbeiterschaft froh, wenn wir noch einen Staat hätten, dessen Obrigkeit ausreicht, um die Bürger, ihr Leben und ihr Eigentum zu schützen. Statt daß die Regierung das tut, dazu imstande wäre, ruft sie jetzt ihrerseits die Bürger händeringend um Hilfe an, weil sie sich nicht mehr als eine Obrigkeit fühlt, die Gewalt über das Volk hat. Und da sie infolge ihres schlechten Gewissens auch nicht den Mut hat, die Bürgerschaft zum Schutze der Gesamtheit, der Ordnung und des Rechts zu bewaffnen, so greift sie nun zum letzten Rechtsmittel, der von ihr, den Sozialisten, stets so scharf verfehmten ultima ratio regis! Das heißt ein Abwirtschaften der revolutionären, sozialistischen Lehren, wie es gründlicher nicht denkbar ist.

Das Schlimmste aber dabei ist, daß weder die Anhänger noch die Gegner dieser Regierung das Vertrauen haben, daß sich die „reaktionäre" Waffe in ihrer Hand bewähren werde. Die Aufständischen trauen dem „Bluthund" Noske zwar jedes Gewaltgelüste zu, sie haben aber bisher gesehen, wie die Regierung stets, statt durchzugreifen, verhandelt und nachgegeben hat; wie sie auf jeden bewaffneten Vormarsch die Kapitulation vor den Bedingungen der Radikalen hat folgen lassen. Das Sozialisierungsgesetz, das Zugeständnis der Betriebsräte sind ja wieder die augenfälligsten Etappen auf diesem Wege. Was der Generalstreik in Berlin fordert, das ist freilich nicht weniger als die Diktatur des Proletariats, neben der für eine Regierung Ebert-Scheidemann kein Raum mehr bleibt. Die Unterwerfung unter diese Forderungen bedeutet sonach die glatte Selbstentsagung der jetzigen Regierung. Sie steht sonach hart mit dem Rücken am Abgrund, ein weiterer Rückzug erscheint unmöglich. Er wäre es auch für Männer von Ueberzeugung. Das aber sind unsere Revolutionshelden am allerwenigsten; sie werden auch unter Aufgabe ihrer so oft und laut verkündigten Anschauungen von vorgestern und gestern einen Ausweg suchen, falls das Zurückgreifen auf die Machtmittel des alten Systems jetzt, nach der durch die Revolution eingerissenen allgemeinen Disziplinlosigkeit nicht mehr verfängt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903181-12/fragment/page=0001

Zur Pensionierung der Reichs- u. Staatsbeamten

Man schreibt uns: Bis zum Umsturz bestand zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung die Vereinbarung, alle Fragen auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung und -versorgung einheitlich zu regeln. Mit dem Umsturz ist dies in Fortfall gekommen. Nach dem neuesten Erlaß der preußischen Regierung über die einstweilige Versetzung von Beamten in den Ruhestand und über die Pensionierung von Staatsbeamten kann bis zum Ende des nächsten Jahres jeder preußische Beamte nach Vollendung des zehnten Dienstjahres sich in den Ruhestand versetzen lassen unter Gewährung einer Pension in Höhe von drei Viertel seines Diensteinkommens. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, eine entsprechende Verordnung für Reichsbeamte zu erlassen. Es dürften bei ihrem Festhalten an den bisherigen Bestimmungen finanzielle Erwägungen ausschlaggebend gewesen sein. Jede Vergünstigung, die man den Beamten gewährte, hätte selbstverständlich auch den Offizieren und Militärbeamten zugestanden werden müssen. Nun zwingt die bevorstehende Verminderung des ständigen Heeres zur Entlassung von Tausenden von Offizieren. Ihnen allen wäre bei einer Anwendung der preußischen Grundsätze das Recht eingeräumt, mit einer Pension in Höhe von drei Viertel ihres Diensteinkommens auszuscheiden. Diese Vergünstigung wird den Offizieren nicht zuteil werden, obwohl sie unzweifelhaft ein größeres Anrecht darauf hätten als die preußischen Beamten, da sie aus ihrem Beruf ausscheiden gezwungen sind, während die Beamten in Preußen die Vergünstigungen der hohen Pensionen auch bei freiwilligem Austritt genießen.

Preußenparlament

Spartakidendebatte — Ministerpräsident Hirsch entschuldigt sich

Berlin, 17. März.

Beginn der Sitzung 12 Uhr 15 Min. Weiterberatung des Antrages Hoffmann (Unabh. Soz.). Dazu liegt ein Antrag der Unabhängigen Sozialisten vor auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Berliner Vollzugsrates, der die Vorgänge, die sich auf den Straßen Berlins in der letzten Woche abspielten, untersuchen soll. Ein Antrag der Mehrheitssozialisten will die Kommission mit der Feststellung der Ursachen und des Verlaufes der Unruhen betrauen.

Ministerpräsident **Hirsch:** Die „B. Z. am Mittag" hat vorigen Freitag über die Vorgänge in Lichtenberg zu ihrer Rechtfertigung folgendes mitgeteilt: Um 11 Uhr vormittags sei vom Ministerium des Innern bei ihr angeklingelt worden, das Kommando der Schutzmannschaft habe gemeldet: Sämtliche Beamte des Polizeipräsidiums seien ermordet worden." Der übermittelnde Beamte hat dringend, die Nachricht in dem Blatte, anderenfalls mit einem Extrablatte zu verbreiten. Diese Angaben haben den Anlaß zu den gehässigen Vorwürfen gegen das Ministerium des Innern gegeben. Diese Gehässigkeit steigerte sich bis zum Vorwurf der Lüge. Ich habe sofort Ermittelungen angestellt und teile deren Ergebnis mit, da ich es für die vornehmste Pflicht der Regierung ansehe, nichts zu verheimlichen. Kein Beamter des Ministeriums des Innern hat über die Vorgänge in Lichtenberg irgendwelche Mitteilungen an die „B. Z." gemacht. Die Nachrichten, die sie, ebenso wie das Ministerium erhalten hat, stammen von dem Kommando der Schutzmannschaften, dieses hat zwei gleichlautende Meldungen erhalten von der Garde-Schützen-Kavallerie-Division. Beide Meldungen stammten von Soldaten. Ob das Kommando der Schutzmannschaft bei dem telephonischen Anruf hinzugefügt hat, sagte mir ein Redakteur der „B. Z.", das Ministerium des Innern wünsche die Veröffentlichung, entzieht sich meiner Kenntnis. Fest steht, daß das Ministerium mit der Sache nicht das Geringste zu tun hat. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß die ungeheure Aufregung, die sich aller ermächtigt hatte, die in unmittelbarer Verbindung mit diesen Vorgängen steht, eine falsche Berichterstattung in dem Blatte, so bedauerlich dies ist, verständlich erscheinen läßt. (Lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen. Ich entschuldige damit sogar

die maßlos übertriebenen Darstellungen,

die der Abgeordnete Adolf Hoffmann, wie ich annehmen, durchaus in gutem Glauben hier wiedergegeben hat. Nach der Aussage der Besatzung des Polizei-Präsidiums ist sie, soweit die Spartakisten ihrer habhaft wurden, in rohester Weise mißhandelt und während der Arretierung unausgesetzt mit Erschießen bedroht worden. In einem Falle ist ein höherer Polizeibeamter nicht weniger als dreimal an die Wand gestellt worden, jedesmal wurde ihm gesagt, jetzt werde er erschossen und nach einer Stunde wiederholte sich das gleiche Manöver. (Zurufe bei den Unabhängigen: Namen nennen.) Ich werde mich hüten! Wenn das nicht grausam ist, dann weiß ich nicht, was überhaupt grausam ist. Nach den bisherigen Meldungen ist ein Beamter Ruschke vom Polizeipräsidium gefallen, ein anderer Beamter ist nach furchtbaren Mißhandlungen auf der Straße im Depot erschossen worden; wo seine Leiche gefunden worden ist, steht bisher noch nicht fest. Ein anderer Beamter Schönfelder ist aus seiner Wohnung geschleppt und gröblich mißhandelt worden, auf einen anderen ist auf der Straße mehrfach geschossen worden, einer ist verschwunden, sein Schicksal ist unbekannt. Alle Beamte haben infolge der fortgesetzten

Bedrohungen und Mißhandlungen

schwere Nacherschütterungen erlebt. (Ironisches, bedauerndes oh, oh bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, darauf lebhaftes Pfuirufen bei der Mehrheit.) Die bisher festgestellten Vorkommnisse in Lichtenberg rechtfertigen allein schon in vollem Umfange die verschärften militärischen Bestimmungen, die nunmehr aufgehoben sind. Von der weiteren Ruhe hängt es ab, daß der Oberbefehlshaber nicht wieder zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen wird. Darüber läßt die Regierung gar keinen Zweifel. Soweit es sich bei den Spartakisten um eine geistige Bewegung handelt, wird sich ihr mit den Waffen des Geistes gegenübergestellt, aber der rohen Gewalt wird mit Gewalt entgegengetreten. (Andauernde große Unruhe bei den Unabhängigen.) Volles Licht in die ganze Angelegenheit wird ja hoffentlich die parlamentarische Untersuchungs-Kommission bringen, wie sie von den Herren noch beantragt wird. Auch der Regierung liegt daran, daß die Schuld restlos festgestellt und die Wahrheit ermittelt wird.

Kriegsminister Reinhardt: Der Kampf gegen den Bolschewismus ist unbedingt notwendig, und wir müssen erwarten, daß den Männern, die im Kampfe gegen das plündernde Gesindel ihr Leben einsetzen, einstimmig gedankt wird. Die Behauptungen des Herrn Adolf Hoffmann kann ich im einzelnen nicht beantworten; das ist eine Unmöglichkeit. Ich muß mich verwahren, daß einzelne Ausschreitungen, die aus der Jugend der Truppen zu erklären sind, auf eine Stufe gestellt werden mit den Taten der Plünderer, Räuber und Mörder. Ebenso lege ich Protest ein gegen die Art, mit der der Abgeordnete Hoffmann den Kaiser kritisierte, der sich lediglich aus vaterländischem Empfinden nach Holland zurückgezogen hat. Sie wolen so gern die

Gefahr der Gegenrevolution

an die Wand. Welchen Anlaß haben Sie dazu? In diesen Kämpfen haben Sie gesehen, mit welcher unbedingten Treue und Hingabe sich die Führer und Truppen dem sozialistischen, nicht militärischen Oberbefehlshaber untergeordnet haben. (Beifall.)

Abg. **Siering** (Soz.): Der Generalstreik, man mag zu ihm stehen wie man will, ist beschmutzt worden durch verbrecherische Banden. Daß die Regierung gegen dieses Verbrechertum mit den allerschärfsten Mitteln losgeht, begrüßen wir.

Abg. **Gronowski** (Ztr.): Wir halten die Zeit noch nicht für gekommen, um nun auch den Belagerungszustand aufzuheben. Die Unabhängigen und Spartakisten kann man getrost in einen Sack werfen. Schade, daß die verhängten Strafen die Hauptschuldigen nicht getroffen haben. Die Regierung hätte die führenden Spartakisten in Schutzhaft nehmen sollen. Der Antrag der Mehrheitssozialisten bedarf der Erweiterung auf ganz Preußen. Es ist nicht angängig, daß die Haussuchung auf Berlin beschränkt wird. Wenn der Antrag so gestellt wird, werden wir ihm zustimmen.

Abg. **Riedel** (Dem.): Daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann, versteht sich von selbst. Der agitatorische Antrag der Unabhängigen soll nur die Niederlage verdecken, die sie sich bei dem Generalstreik geholt haben. Dem Antrag der Mehrheitssozialisten werden wir mit der vom Abg. Gronowski vorgeschlagenen Aenderung zustimmen. Die Unabhängigen und Spartakisten rüsten sich schon zu dem neuen Streik. Die wirksamste Förderung wird den Unruhen durch die Blockade zuteil. Ich richte einen Appell an das internationale Gewissen, uns endlich von der Blockade und ihren zerstörenden Wirkungen zu befreien.

Abg. **Dr. Kaufmann** (Deutsch): Wenn wir Opposition gegen die Regierung machen, so verwahren wir uns doch entschieden gegen jede Gemeinschaft mit den Unabhängigen. Eine gewisse Schuld an den Zuständen hat auch die Regierung, weil sie zu spät eingegriffen hat, haben aber auch alle, die die Revolution des 9. November und den Aufruhr verherrlichen. (Bravo! rechts.) Der Antrag der Unabhängigen ist lediglich aus agitatorischen Momenten hervorgegangen. In ganz Berlin und in ganz Deutschland herrscht Empörung über das Treiben der Spartakisten, und diese Empörung auf andere abzulenken, war der Zweck des Abgeordneten Adolf Hoffmann. Man schimpft uns Reaktionäre, aber die schlimmsten Reaktionäre sind die Unabhängigen mit ihrem Despotismus des Terrors. Diesen Despotismus wollen wir uns nicht weiter gefallen lassen und erwarten von der Regierung, daß sie in Zukunft fest zugreift. Den Spartakisten rufe ich zu, wie lange willst du noch unsere Geduld mißbrauchen.

Abg. **Obuch** (U. S.): Wir Unabhängigen verwerfen die Gewalt. (Lachen bei der Mehrheit.) Wir erstreben die Verwirklichung des Sozialismus nicht in der Theorie, sondern in der Praxis. Eine Kommission nach dem mehrheitssozialistischen Antrag genügt uns nicht.

Justizminister **Heine:** Wir haben den Belagerungszustand ohne Befragung der Landesversammlung verhängen müssen, da die Einberufung wegen der Unruhen und des Streiks nicht möglich war. Die „Rote Fahne" muß so lange verboten bleiben, bis völlige Beruhigung eingetreten ist. Solange uns angedroht wird, daß am 26. März der nächste Streik losbrechen kann,

solange ein solcher Wahnsinn blüht,

müssen wir die Politik der Abwehr treiben. Hoffentlich können wir aber bald zur Politik des positiven Schaffens übergehen. (Beifall.)

Abg. **Hoffmann** (Dn.): Die Vorfälle genügen vollständig, um den Erlaß Noskes zu rechtfertigen. Die Regierungstruppen wurden mit Jubel von der Bürgerschaft und großen Teilen der Arbeiterschaft begrüßt, und es herrscht jetzt große Sorge, daß die Regierung die Truppen zu früh wegnehmen könnte. Wir haben auch an dieser Stelle allen Anlaß, den braven Truppen, die uns befreit haben, herzlichen Dank auszusprechen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Adolf Hoffmann** erklärt in seinem Schlußwort, eine reine Parlamentskommission im Sinne der Mehrheitssozialisten für ungenügend. Die Kommission müßte im Sinne seines Antrages zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Vollzugsrates zusammengesetzt sein.

Ueber den Antrag Hoffmann wird namentlich abgestimmt werden. Da das Haus augenscheinlich nicht mehr beschlußfähig ist, wird die Abstimmung ausgesetzt, und das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Abstimmung, Verfassung, Diätenvorlage, förmliche Anfragen.

Schluß 8¼ Uhr.

Zur Kabinettsbildung in Preußen

Berlin, 17. März.

Wie eine sozialistische Korrespondenz aus Zentrumskreisen erfährt, wird das Zentrum sich wahrscheinlich an der Kabinettsbildung für Preußen nicht beteiligen, da mit der preußischen Regierung keine Einigung über Kultusfragen erfolgen konnte.

Die Verseuchung Deutschlands

Berlin, 15. März.

Bei einer Durchsuchung des Ratinger Waldes im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden drei Waffenlager der Spartakisten entdeckt, darunter ein fest gemauerter Unterstand. Insgesamt fand man im Walde drei Maschinengewehre, 120 Gewehre und über 20 000 Patronen, von denen ein erheblicher Teil in Dumdumgeschosse umgewandelt war.

Eine Kundgebung der Tiroler

Innsbruck, 17. März.

Die Bevölkerung Innsbrucks veranstaltete gestern eine machtvolle Kundgebung für die Einheit Tirols und die Freigabe des Deutsch-Südtirols.

Experimente in Rußland

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Zürich, 15. März.

Die „Züricher Morgen-Zeitung" meldet: Nach Informationen des „Intransigeant" soll die Eisenbahnlinie Berlin—Petersburg nördlich von Warschau internationalisiert werden.

Die Deutschen in Ungarn

Budapest, 15. März.

In einem Volksgesetz betreffend die Autonomie der Deutschen Ungarns wird ausdrücklich bestimmt, daß die Deutschen entsprechend ihrer Bevölkerungszahl im ungarischen Reichstage vertreten sein sollen. Man ist in deutsch-ungarischen Kreisen sehr gespannt, wie dieser Bestimmung bei den Wahlen zur Nationalversammlung durch die ungarische Regierung Geltung verschafft werden wird. Allgemein wird das strikte Festhalten an dieser Bestimmung des Gesetzes als erster Prüfstein dafür angesehen, ob die Autonomie der Deutschen Ungarns wirklich von der Regierung ernst genommen wird oder nicht. Die Wahlkreiseinteilung für die Wahlen zur Nationalversammlung ist bedauerlicherweise ohne Berücksichtigung der deutschen Siedelungsgebiete erfolgt, so daß die deutschen Majoritäten schwerlich zur Geltung kommen werden.

Streit unter „Freunden"

Paris, 16. März. (Reuter.)

Da das Beglaubigungsschreiben des neuen italienischen Gesandten in Belgrad an den König von Serbien gerichtet war, weigerte sich die serbische Regierung, es anzunehmen. Sie forderte, daß es an den König der Serben, Kroaten und Slowenen gerichtet werde. Italien, das den neuen Staat nicht anerkennt, weigerte sich, das Beglaubigungsschreiben abzuändern. Der Gesandte war deshalb gezwungen, wieder abzureisen.

(Nachdruck verboten.)

Die Referendarin

12] Roman von Carl Busse.

Wohl hatte er ein paarmal daran gedacht, zwischen zwölf und ein Uhr den kleinen Zigarrenladen aufzusuchen, in dem zu dieser Stunde die „Referendarin" verkaufen sollte, aber es war nie dazu gekommen. Entweder er war gleich vom Gericht hinüber zum „Lamm" gegangen, oder er hatte an der Verschönerung seines Zimmers gearbeitet — zum großen Entsetzen von Frau Feldwebel Neugebauer, die japanische Fächer, Makartbuketts, Photographien, Schlummerrollen, gebrannte Spruchplatten und Gläser, auf denen „Warmbrunn" oder „Erinnerung an Heringsdorf" stand, zurückbekam.

Eine Zeitlang hatte ihn auch Buttches letzte Aeußerung beschäftigt. Was hieß das: „dem Alten in die Hände fallen"? Er hätte längst gefragt, aber der Assessor hielt sich offensichtlich von ihm fern. Als bereue er schon, ihm Geständnisse gemacht zu haben. „Wie du willst," dachte Peter Körner, — „ich hab' mich dir nicht aufgedrängt!"

Auch die anderen Worte fielen ihm ein: daß es völlig zwecklos sei, sich an Jule Fischer heranzubirschen.

Das allerdings reizte ihn mehr, als es ihn hemmte. Er hatte immer viel Glück gehabt. Warum nicht diesmal? Und wenn er daran dachte, daß der Chef und Fräulein Inge über ihn die Köpfe schütteln würden, fühlte er ein Kribbeln bis in die Fingerspitzen. Es mußte an der Großkirchener Luft liegen: Noch niemals hatte es ihn so gewickt, Opposition zu machen, wie hier. Kein Mensch hatte ihm was getan. Aber diese geradlinige Gesetzmäßigkeit, diese lächerlichen sozialen Barrieren, diese heilige Philistro-Mütt reizten ihn.

Vielleicht war auch die unwahrscheinliche Geschichte daran schuld, in der die Nerven sich tummelten.

„Nur traut mich Statt," sagte er zu sich selber. „Jetzt wurde hab' ich einen Empörer in mir? Man muß wahrhaftig in die Stille gehen, um sich kennen zu lernen."

Er verstand mit einem Male Buttche. Wenigstens, daß er die Revolutionsbriefe las und in seiner Phantasie Blutbäder anrichtete. Es war gleichsam eine Ergänzung zu dem gleich-, ordnungs- und gesetzmäßigen, von tausend Augen übermachten Beamtenleben, das man hier führte.

Eine Ergänzung . . .

Er fühlte, daß auch er sich etwas Aehnliches schaffen würde. Na, für Poesie war er zwar verloren. Aber im Leben . . . so ein kräftiger Seitensprung . . . sich zur Freude, andern zum Aerger . . .

„Ich kauf' mir doch Zigarren bei der Referendarin," sagte er sich. „Und wenn es zehnmal zwecklos ist! Auch Abblitzen ist eine Sensation!"

So suchte er, wo er einmal in der Zietenstraße war, nach dem kleinen Laden. Nach Buttches Angaben mußte er neben einem Wäschegeschäft sein. Er fand ihn bald.

Zwischen zwei großen Häusern war ein kleines eingeklemmt. Alles daran war eng und schmal: das Schaufenster, die Ladentür, der Flur. Es gab noch einen ersten Stock mit drei Fenstern, dann kam schon das Dach.

Peter Körner blieb vor dem Schaufenster stehen und studierte die Auslage. Aus Zigarrenkisten waren kühne Bögen und Brücken gebaut, auf deren Vorsprüngen holländische Tonpfeifen lagen. Im Vordergrund gab es ein Stillleben von Zigaretten, vergrauten Tabaksblättern, Zigarrenspitzen, Lotterielosen und ähnlichem Kram. Grelle Plakate der verschiedenen Fabriken hingen an der Seite.

Man konnte trotz der abschließenden Gardine in das Ladchen hineinsehen. Es war leer.

„Also trotz der Mittagsstunde," brummte der Referendar. „Der Andrang scheint nicht so fürchterlich zu sein, wie's Buttche geschildert hat."

Er rief Satan, der mit einem Forterrier spielte, heran und öffnete die Tür. Ein kurzes, schrilles, unangenehmes Klingeln . . .

Da stand er nun.

Er hatte nicht viel Zeit, sich umzusehen. Aus dem — wohl nur kleinen — Raume, der sich an den Laden schloß, kam das junge Mädchen.

Er erkannte sie sofort, trotzdem er sie nur einmal gesehen hatte — und damals in Mantel und Mützchen. Und wieder fiel ihm auf, daß sie fast unhöflich lange zu Boden blickte, um dann plötzlich die Augen groß aufzuschlagen. Es war eine Eigentümlichkeit von ihr und wirkte so überraschend, daß mancher darüber verlegen werden mochte.

Auch sie mußte sofort wissen, wer vor ihr stand. Denn sie hatte den Gruß noch nicht ganz erwidert und „Sie wünschen?" gefragt, als auch eine leichte Röte in ihr Gesicht stieg.

Er bat darum, ihm Zigarren in einer bestimmten Preislage vorzulegen. Schweigend, wieder mit dem leisen Trotz im Gesicht, wandte sich Jule Fischer nach den Regalen um und suchte ein paar Kisten zusammen.

Peter Körner konnte jetzt in Muße ihr Haar betrachten, das ihm schon bei der ersten Begegnung aufgefallen war. Damals hatte der hohe Mantelkragen den Knoten halb verdeckt. Erst jetzt sah er ganz, wie stark es war.

„Und wuschelig," dachte er. Es machte ihm fast das meiste Vergnügen. Ueberall hatten sich ein paar Härchen gelockert oder frei gemacht.

Er räusperte sich.

„Bitte sich nicht zu sehr zu bemühen," sagte er, „ich finde sicherlich eine zugegende Sorte."

Keine Antwort. Das Mädchen suchte weiter.

„Nun muß ich das . . . gnädige Fräulein schon zum zweiten Male belästigen. Na, eigentlich war es zuerst der Hund . . ."

„Bitte," sprach sie und stellte ein paar Kistchen auf den Ladentisch, die sie mit einem schweren Messer öffnete.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903181-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 18 März.

Streik und Hunger

Der Magistrat — Ernährungsamt — teilt uns folgendes mit: Aus der Bevölkerung laufen zahlreiche Klagen über die neuerlichen geringen Zuteilungen von Kartoffeln, Butter, Fleisch, Gemüse und dergl. bei uns ein. Entgegen der vom Arbeiterrat aufgestellten Behauptung, daß der Generalstreik den Zufuhren an Lebensmitteln nach Halle keinen Abbruch getan habe, muß folgendes festgestellt werden:

Kartoffeln:

Kurz vor dem Generalstreik war nach Beendigung der Frostperiode der Zeitpunkt gekommen, wo die Landwirte größere Mengen nach Halle verladen konnten, und es waren uns auch tatsächlich von sämtlichen Lieferkreisen größere Zufuhren zugesichert und teilweise auch zum Versand gebracht. Infolge der Bahnsperre sind in der Zeit vom 25. Februar bis 8. März nur etwa 600 Zentner in Halle angekommen. Folgende Mitteilungen beleuchten die Sachlage am besten:

Kartoffel-Einkauf Wanzleben schreibt uns am 12. d. Mts.: „Wir bedauern, daß die Belieferung der dortigen Stadt mit Kartoffeln nicht früher wieder aufgenommen werden konnte. Mehrere Wagen Kartoffeln waren bereits unterwegs und mußten wegen Störung des Bahnverkehrs nach Magdeburg dirigiert werden."

Halberstadt schreibt uns am 15. d. Mts.: „Die Ihnen in der vergangenen und in der Vorwoche zugesandten Sendungen wurden infolge der dortigen Unruhen alle nicht an Ihre Adresse befördert und mußten wir dieselben an eine andere Adresse disponieren, so daß uns hierdurch eine Menge Unkosten und Scherereien verursacht wurden."

Kreiskartoffelle Torgau schreibt uns am 28. Februar: „Die auf der Bahn stehenden zirka 8 Waggons Kartoffeln mußten wir nach anderer Seite verladen, da die Station Halle gesperrt ist. Sobald die Station Halle wieder freigegeben ist, werden wir die Versendungen für Sie fortsehen."

Gemüseamt Gr.-Töpfer, Kr. Heiligenstadt, schreibt uns am 11. März: „Auf das Schreiben vom 21. Februar erwidere ich ergebenst, daß die Kartoffeln wegen der Eisenbahnsperre nicht nach Halle geliefert werden konnten. Im Auftrage des Kreisausschusses zu Heiligenstadt sind die Kartoffeln nach Köln abgesandt worden. Es tut mir leid, weitere Kartoffeln nicht mehr abgeben zu können."

Lindewerra, Kr. Heiligenstadt, schreibt uns am 12. d. Mts.: „Auf Ihre Zuschrift vom 24. d. Mts. teile ich Ihnen mit, daß die besagten Kartoffeln am 26. Februar an Sie zum Versand gekommen sind. Wie ich aber von der Güterstelle in Oberrieden hörte, sind sie nur bis Nordhausen gekommen, wurden von dort aber zurück nach Kassel geschickt, weil die Eisenbahn nicht mehr nach dort ging. Sie sind somit an das Ernährungsamt Kassel abgegeben und auch dort verbraucht. Eine weitere Lieferung von hier ist unmöglich."

Außerdem sind aus allen anderen Lieferkreisen telefonische Mitteilungen eingegangen, daß die Verladungen infolge der Bahnsperre nicht erfolgen konnten, bezw. an andere Adressen gelangt sind. Von der Kartoffelverteilungsstelle in Magdeburg wird uns bestätigt, daß tatsächlich größere Mengen Kartoffeln, die für Halle bestimmt waren, dort eingegangen sind und verteilt wurden. Da die Vorräte in den einzelnen Kreisen verhältnismäßig klein sind, die Lieferungsmöglichkeit daher von Woche zu Woche geringer wird, sind der Stadt Halle durch den Ausfall in den ersten Frostwochen leider große Mengen von Kartoffeln verloren gegangen.

Butter:

Der Eisenbahnstreik hat auch auf die Butterversorgung sehr empfindlich eingewirkt; die Butterzusendungen sind ausgeblieben, ohne Butterzuteilung an die hiesige Bevölkerung war daher unmöglich. Wir mußten uns deshalb darauf beschränken, für zwei Wochen nur 55 Gramm Margarine auszugeben. Eine größere Butterlieferung, die infolge der Bahnsperre unterwegs sehr lange bleiben mußte, ist in total verdorbenem Zustande hier eingetroffen.

Fische:

Auch die für den Kommunalverband bestimmten Fischsendungen haben uns nicht erreicht, sondern sind in Köthen und Magdeburg zur Verteilung gelangt.

Gemüse:

Die Stadt Halle, die bisher mit Gemüse reichlich versorgt war, ist durch die Eisenbahnsperre, wenn auch nur für kurze Zeit, ohne jegliches Gemüse gewesen. Es sind am 24. Februar von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg fünf Wagen holländisches Gemüse nach Halle verladen worden, haben aber Halle nicht erreicht und mußten an andere Städte umdisponiert werden. Weiter sind große Mengen von Kohlrüben, Weißkohl, Rotkohl unterwegs gewesen, von denen bis jetzt verdorben hier eingetroffen sind

4 Wagen Weißkohl,
1 Wagen Rotkohl,
2 Wagen Kohlrüben;

außerdem sind noch bereits eingetroffene Fakturen noch seit 20. Februar 8 Wagen Kohlrüben und 6 Wagen Weißkohl unterwegs, über deren Verbleib bis jetzt noch nichts ermittelt werden konnte.

Fleisch:

Durch die infolge des Streiks hervorgerufene Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs sind in den Wochen vom 22. Februar bis 7. März anstatt rund 1000 Schlachttieren nur 171 Schlachtiere hier eingetroffen, die schon vielfach auf dem Transport befindlichen Tiere sind noch anderen Orten hingeleitet worden. Da auf eine Nachlieferung nicht mehr zu rechnen ist, mußte eine Wochenmenge von 800 Grammen ausfallen. Im übrigen konnten die in den Wochen vom 22. Februar bis 15. März an die Bevölkerung verabfolgten Fleischmengen nur dank der vorsichtigen Bewirtschaftung der inländischen Fleischmengen und der dadurch ermöglichten Schaffung von Reserven für Notstände vom Magistrat ausgegeben werden.

Das amtliche Wahlergebnis

Der Magistrat Halle veröffentlicht in einer Bekanntmachung daß bei den stattgefundenen Wahlen zum Arbeiterrat folgende Stimmen abgegeben wurden:

a) für die Liste Kleis 3 869
b) für die Liste Osterburg 11 940
c) für die Liste Sperl 11 274

Danach sind also gewählt: Von den

Mehrheitssozialisten	12	Abgeordneten,
Unabhängigen	88	„
und vom Vereinigten Bürgertum	35	„

Die Namen der gewählten Abgeordneten hatten wir gestern früh bereits veröffentlicht. Die Gewählten werden ersucht, sich am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaale, Stadthaus, zur Konstituierung des neugewählten Arbeiterrats einzufinden.

Streik und Straßenbahner

Auch die Straßenbahner hatten selbstverständlich aktiv an dem „Generalstreik" teilgenommen; wo alles streikt, kann Karl allein nicht hacken. Hatten mit der ortsüblichen „Einstimmigkeit" ihre Sympathie beschlossen, die Donnerwagen in die Ecke geschoben und machten an den Veranstaltungen des Streikwochenbetriebes mit. Hatten beim Demonstrationsumzug am 28. Februar die Tete, „eigene" Blechpuster vorneweg, rote Fahne usw. Alles komplett. Nun hat der Magistrat, wie man hört, und was ihm nach allem, was sich indessen zugetragen hat, wohrhaftig niemand verargen wird, zwei Leute des Personals gekündigt, die die Sache anscheinend zu bunt getrieben, zwei „Vertrauens"-Leute der Straßenbahner, die vermutlich die Hähne im Stalle waren und dem übrigen Volk die Köpfe verdreht hatten. Die Straßenbahner haben darauf eine Versammlung im Konzerthause gehalten und prompt einen neuen Streik in Aussicht genommen, wenn der Magistrat die „Maßregelung" der beiden Vertrauensleute nicht gütlich zurückzunehmen geneigt sei. Es ist gewiß im Sinne der Bürgerschaft, wenn der Magistrat diesem Ansinnen gegenüber fest bleibt und auf die Entlassungen besteht, selbst auf die Gefahr eines Straßenbahnerstreiks hin. Die Bürgerschaft hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit die Furcht vor dem schwarzen Mann verlernt; ein Straßenbahnerstreik in Halle schreckt niemanden mehr. Wollen die Straßenbahner ihren dicken Kopf aufsetzen, so mögen sie die Wagen stehen lassen; dann tut der Hallenser was seine Großväter taten: er geht zu Fuß.

Des weiter beschäftigte sich die besagte Versammlung mit einem „Eingesandt", „Streik und Straßenbahntrinkgeld", das ein hiesiges Blatt kurz nach dem Streike brachte, und das irgwischen schon ein wiederholtes Für und Wider ausgelöst hatte. Diese Zuschrift war „Mehrere Straßenbahner" unterschrieben und forderte die Fahrgäste zu einem solidarischen General-Trinkgeldstreik auf. Die Straßenbahner „verzichten", wie sie in ihrer resoluten Resolution erklären, „gern" auf den Bettel von Trinkgeld. Schön. Die Fahrgäste werden den Schaffnern ihrerseits ihren Obolus nicht aufdrängen.

Das Wehgeschrei der Spartakuden

Es war vorauszusehen, daß die Niederlage der „unabhängigen" Spartakuden bei den Arbeiterratswahlen am vergangenen Sonntag in den beteiligten Kreisen äußerst schmerzlich empfunden werden würde. Denn bisher war diese Partei in dem 105 Abgeordnete umfassenden Großen Arbeiterrat mit 88 Stimmen vertreten, während sie jetzt in dem 85 Stimmen starken Arbeiterrat nur 38 Mandate innehaben wird. Das Wehgeschrei aber, welches das Organ dieser Partei, das auch sonst so angenehme Hallesche „Volksblatt", über den für Spartakus betrüblichen Ausfall der Wahlen anstimmt, ist über alle Maßen kläglich. Wenn es bei einer derartigen Niederlage für gewisse Menschen auch schwer sein mag, die innere Gemütsstimmung zu verbergen, so hatten wir doch erwartet, daß das „Volksblatt" etwas mehr an sich halten und nicht so tief in sein Inneres hineinsehen lassen würde. Daß aber der Schmerz über den Verlust der Vorherrschaft in Halle so groß ist, daß er das „Volksblatt" zu einfach jammervollen, ja geradezu widerlichen Lamentationen hinreißt, beweist auch die arrogante Denkart dieser Leute, in deren Vorstellungswelt für ein paritätisches Zusammenarbeiten von Handarbeitern und Geistesarbeitern, von Arbeiterschaft und Bürgertum kein Raum mehr ist, sondern die vielmehr — ein kleines Häuflein von Phantasten und Egoisten mit ihren gläubigen, irregeleiteten Anhängern — die gesamte übrige Bevölkerung zu terrorisieren und zu tyrannisieren bestrebt sind. Man erinnert sich gewiß noch der zahlreichen Drohungen des derzeitigen Vorsitzenden im Großen Arbeiterrat, Kilian, des schlimmsten Schädlinges unter den „unabhängigen" Spartakuden in Halle, die er bei jeder ihm passenden Gelegenheit ausstieß: „Ich bin die vollziehende Gewalt in Halle, ich lasse Sie sofort verhaften!" Mit solcher anmaßenden Sprache wird es in Zukunft vorbei sein, und damit wird auch die Sicherheit und Gesetzlichkeit in unserer Stadt nicht mehr durch rohe Willkür und persönliche Machtgelüste gefährdet werden. Gerade weil der Wahlausfall die anmaßende Denkart der „unabhängigen" Spartakuden so kraß hervortreten läßt, ist die Niederlage dieser Partei mit Genugtuung zu begrüßen, denn nun wird auch der am öffentlichen Leben weniger Interessierte erkennen, welchem gefährlichen Ende die Zustände in unserer Stadt entgegengesteuert wären, wenn die letzten Wahlen dem Willkür-Regiment des Kilianschen Arbeiterrates nicht ein eindringliches „Halt!" entgegengerufen hätten. Um das Jammergeschrei des „Volksblattes" in seiner ganzen Kläglichkeit erkennen zu können, geben wir dessen bemerkenswerteste Stellen im Wortlaut wieder. Nachdem das „Volksblatt" festgestellt haben will, daß es in einigen Wahlbezirken von Beamten immer überflügelt wurde, schreibt es:

„Außerdem beweisen die Wahlen, daß es dem Beamtenausschuß gelungen ist, den letzten Mann ihres dienstlichen Apparats an die Wahlurne zu bringen. Haben sie doch in vielen Bezirken die Hälfte, oft bis zu zwei Drittel der bei den Stadtverordnetenwahlen für die bürgerlichen Listen abgegebenen Stimmen auf ihre Beamtenliste vereinigt, während unseren Anhängern bei der Kürze der Zeit ungeheure Schwierigkeiten entgegenstanden, um ihr Wahlrecht auszuüben. Mehrere Tausende von Arbeitern, die auswärts arbeiten und nur Sonnabends nach Hause kommen, sind ihres Wahlrechts leichtfertig gegangen. Hunderte von Abeitern haben selbst auf dem Leunawerk trotz aller Bemühungen keine Wahlausweise erhalten. Reinemachefrauen haben in großer Zahl aus demselben Grunde nicht wählen können. Auch eine große Zahl von Arbeitslosen, die im öffentlichen Arbeitsnachweis nicht eingetragen werden, weil sie nicht nach auswärts gehen wollen, sind ihres Wahlrechts verlustig gegangen. Auf der anderen Seite haben die Beamten alles aufgeboten, um ihre Stimmen zu steigern. Es kamen zur Wahl Pastoren, selbst solche a. D., Landgerichtsräte, Professoren, vielfach ohne genügenden Ausweis, ohne den sie oft zur Stimmabgabe zugelassen wurden. Ein hoher Beamter hat auf seine Steuereinschätzung hin gewählt, denn sein Vorgesetzter sei der Kultusminister, der Wahl wegen könne er doch nicht nach Berlin fahren.

Ein Professor skandalierte lange Zeit im Wahlbüro, weil er auf Grund der Steuereinschätzung zur Wahl nicht zugelassen werden sollte, bis man ihn dann wählen ließ. Dieser „gebildete" Herr erzwang sich sein Wahlrecht

Minister von einst und jetzt

Von Werner von Heimburg.

„Freie Bahn dem Tüchtigen!" Dieses wirkungsvollste Schlagwort des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg hat die junge deutsche Demokratie auf ihre Fahne geschrieben und bildet sich ein, dem Volk eine ganz neue, segenspendende Quelle erschlossen zu haben. Leider klafft auch hier ein breiter Riß zwischen Theorie und Praxis. Wie war es denn früher und wie ist es jetzt?

Am deutlichsten werden uns die Verhältnisse, wenn wir die Art der Besetzung der höchsten Stellen im Staate, der Ministerposten, von einst mit der Art von jetzt vergleichen.

Das alte Regime hatte zweifellos auch auf diesem Gebiete große Fehler. Zunächst einmal mußte jeder Minister, mit alleiniger Ausnahme der Kriegs- und Marineminister, gelernter Jurist sein. Es kamen Ausnahmen vor, aber als Regel kann man doch sagen: wer nicht mit 18 Jahren sich dazu entschloß, Rechtswissenschaften zu studieren, mußte in späteren Jahren auf die höchsten Staatsstellen verzichten, und alle Fähigkeiten konnten ihm dabei nicht helfen. Auch der ministerielle Dienst war eine Domäne der Juristen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß Rechtskenntnisse im ganzen Staatsdienst aller Zweige unentbehrlich sind, so sind diese im ausreichenden Maße doch auch ohne ein jahrelanges Studium von einem einigermaßen Begabten zu erwerben. Jedenfalls war die Ausschaltung aller Nichtjuristen unberechtigt und verkehrt und trägt an der Verknöcherung eines Bürokratismus einen guten Teil der Schuld.

Weiterhin war das alte System nicht frei von einer gewissen Vettern- und Konnektionswirtschaft. Die studentischen Verbindungen und der Adel spielten dabei eine Rolle. Auch ist nicht zu leugnen, daß ein vollgefüllter Geldbeutel angesichts der miserablen Beamtengehälter keine Nachteile zur Erlangung der Abteilung bedurften. Trotz dieser Fehler ist doch über jeden Zweifel erhaben, daß im Deutschen Reiche zu den hohen Staatsstellen, insbesondere auf die Ministersessel, nur ein Mann gelangen konnte, der mit entsprechenden Fähigkeiten einen lauteren Charakter verband. Unbestechlich und pflichttreu war das deutsche Beamtentum bis zu den Ministern hinauf, wie kein anderes in der Welt.

Die Demokratie hat nun an die Stelle der Beförderung verdienter, erprobter Männer zum Minister die Verteilung der Ministersitze an Parlamentarier unter Zugrundelegung des Stärkeverhältnisses der Parteien gesetzt. Minister wird also heute, wer als Parlamentarier einer der Mehrheitsparteien angehört, während der Teil der Bevölkerung, der seit Jahrhunderten Regierung und Verwaltung fast ausschließlich in den Händen hatte, in dessen Familien die zum Regieren so notwendigen Eigenschaften sich durch Vererbung und Erziehung von Generation zu Generation fortpflanzten, zwar noch mitarbeiten darf in den unteren Beamtenstellen, von maßgebendem Einfluß aber ferngehalten wird. Welches Geschrei wurde früher erhoben, wenn bei der Besetzung einer Beamtenstelle die Zugehörigkeit zu einer Linkspartei hindernd in den Weg trat. Und jetzt? Jetzt sollen die besten und erprobtesten Köpfe von der Mitbestimmung an dem Schicksal des deutschen Volkes ausgeschlossen sein, nur weil sie nicht auf die Fahne der schwarzen, roten oder goldenen Internationale schwören. So steht also die stolze Devise: „Freie Bahn dem Tüchtigen!" in der demokratischen Praxis aus.

Die Folge der Ausschaltung aller nationalen Elemente aus den maßgebenden Stellen wird zunächst die Lockerung der völkischen Geschlossenheit nach innen und außen sein. Es ist sehr zweifelhaft, ob das Deutsche Reich diese Belastung auf die Dauer ertragen wird. Jedenfalls kommen wir gegenüber dem starkausgebildeten Nationalgefühl unserer Feinde ins Hintertreffen. Die Geschichte dieses Krieges lehrt, daß nur ein alle Schichten beherrschendes Nationalgefühl ein Volk zur Behauptung einer Großmachtstellung befähigt. Ein Staat mit 90 Millionen Einwohnern ohne zielbewußte Großmachtpolitik ist aber dem Zerfall preisgegeben.

Zu diesen offenbaren Nachteilen des neuen Systems gesellt sich noch die nicht zu vermeidende Gefahr, daß Ministerposten mit Männern besetzt werden, die zwar sehr schön reden können, denen es aber an Talent oder am Willen zum Handeln fehlt; oder mit solchen, die es in ihrer parlamentarischen Laufbahn verstanden haben, Schwächen und Fehler ihres Charakters zu verbergen. Auch der Mißbrauch ministerieller Macht und von Staatsgeldern zu Parteizwecken ist ein altbekanntes Merkmal demokratischer Ordnung.

Es wird gar nicht mehr lange dauern, bis das Volk auch in seiner großen Masse erkennen wird, was es gegen die alte Ordnung eingetauscht hat. Dann kommt von selbst die Zeit, in der endlich das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen!" zur Wahrheit wird.

*

Der Generalleutnant Alfred v. Kleist, welcher kürzlich mit der Führung des 4. Armeekorps in Magdeburg beauftragt worden ist, wurde geboren zu Magdeburg als Sohn des damaligen Oberstleutnants August v. Kleist († als Generalmajor a. D. zu Potsdam 14. Mai 1890) 16. November 1857 und der Emmeline v. Morstein, einer Tochter des Landrates v. Morstein in Oschatz und der Freiin v. Moltke, einer verwitweten v. Tippelskirch. Er verheiratete sich zu Posen am 8. Mai 1894 mit Elsbeth Gebers. Seiner Ehe ist eine Tochter entsprossen. — Das dem Pommerschen Adel zugehörige Geschlecht, welches dem Brandenburgisch-Preußischen Heere eine ganze Reihe hervorragender Feldherren gegeben hat — unter ihnen den Dichter des Frühlings und den Helden von Nollendorf — ist reich begütert in den verschiedensten Provinzen Preußens, vornehmlich in Pommern. In der Provinz Sachsen ist es angesessen im Kreise Osterburg. — Die Stammreihe beginnt mit Ratislaw, Ritter des Herzogs Kasimir f. 1175. — Wappen: In Silber ein von zwei flüchtigen wilden Pferden begleiteter roter Balken. Helmschmuck: drei Federstraußen, aus dem Mittel gekürzte Kniebeinlinke mit goldenen Sporen. Cr. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903181-12/fragment/page=0003

durch seine Rüpeleien. Ein Oberbahnmeister wählte selbst auf ordnungsmäßige Legitimation und Legitimierte dann einen Sohn und zwei Töchter, die keine Legitimation hatten, als wahlberechtigt, und alle drei wurden auch entgegen den klaren Bestimmungen über die Bescheinigungen zur Wahl zugelassen. Eine große Anzahl Bescheinigungen der Leunawerke wurden von einer Reihe Wahlleiter nicht anerkannt, weil sie nur unterschrieben und nicht unterstempelt waren, trotzdem auf den Bescheinigungen des Magistrats steht: Unterschrift oder Stempel. Protestgründe gegen diese Wahl sind also zur Genüge da. Insbesondere ist ja aber die Wahl der offenen Stimmenabgabe unglaublich. Die Vorschriften über die geheime Wahl sind also nicht eingehalten.

Tausende von Arbeitern haben aber auch von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, weil große Massen des Volkes in ihrer Not und ihrem Ernährungselend zur Verzweiflung getrieben sind und kaum noch eine Rettung durch Wahlen erwarten!! Wenn andere vor der bald bekanntgewordenen offenen Abgabe deutlich kennlicher Stimmzettel zurückschreckten, so ist das auch eine begreifliche Erscheinung.

Wie in Zukunft der „Arbeiterrat" zusammengesetzt sein wird, ergibt folgende Feststellung der Berufe der Neugewählten: die Beamtenliste bringt 33 Beamte und Kaufleute und nur zwei Handarbeiter; die Liste Kleeis 6 Beamte und 6 Arbeiter, während die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie 26 Handarbeiter und 12 Angestellte und Kaufleute aufweist. Also sitzen in Zukunft im „Arbeiterrat" 51 Beamte, Kaufleute und Angestellte und nur 34 Handarbeiter.

Arbeitendes Volk! Deine Gleichgültigkeit, die gestern bei den Arbeiterratswahlen bewiesen wurde, hat nun den Beamten den Einfluß in die Hand gespielt. Der Beamtenstreik hat Euch bewiesen, wessen diese Herren fähig sind, wie sie, um ihre Ziele zu erreichen, Euch mitleidslos dem Hunger und dem Elend überliefern wollen. Wir haben jetzt in Halle keinen Arbeiterrat mehr, sondern einen Rat der Pastoren, Professoren und sonstiger Beamte, also von Leuten, die uns noch vor wenigen Wochen wegen Beleidigung verklagt hätten, wenn wir sie als „Bruder Arbeiter" angesprochen hätten. Haben die Beamten mit Hilfe der Scheidemänner einen „Sieg", über den sie frohlocken, erreicht, so ist das nur ein Pyrrhussieg in der langen Reihe der Niederlagen. Das arbeitende Volk wird aus diesem Wahlkampf seine Lehre ziehen und sich nicht wieder überrumpeln lassen. Die Bürgerlichen, denen fünf Tageszeitungen und Berge von Papier zur Aufrüttelung ihrer Wähler in ausgiebigstem Maße zur Verfügung standen, hatten damit den größten Vorteil von der kurzen Frist bis zur Wahl, ebenso wie diese schriftgewandten Herren, die den Arbeitern in der überstürzten Beschaffung von Wahlausweisen überlegen waren. — Das „Volksblatt", als einziges Blatt der Arbeiter, konnte infolge größten Papiermangels und einer technischen Betriebsstörung gerade in den wenigen Tagen vor der Wahl, nicht die geforderte Wahlpropaganda entfalten. Viele, viele Arbeiterwähler erfuhren deshalb kaum etwas von der Wahl. (!) Andere wieder kannten die Voraussetzungen nicht, und so blieben sie ohne Wahlausweis in Massen ohne ihr Wahlrecht."

Diese Lamentationen mit Bemerkungen versehen, hieße deren Wirkung nur abschwächen. Zu einigen tatsächlichen Feststellungen geben die Ausführungen des „Volksblattes" aber doch zwingenden Anlaß.

1. Die bürgerlichen Kreise hatten vor den Arbeiterratswahlen zum mindesten mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie die „unabhängigen" Spartakuden. Es entspricht nicht den Tatsachen und bedeutet eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn das „Volksblatt" das Gegenteil behauptet. Das Bürgertum ist durch die Arbeiterratswahlen geradezu überrascht worden, denn es war der Ansicht, daß mit der Deutschen Nationalversammlung in Weimar und der Preußischen Landesversammlung in Berlin nunmehr genug Parlamente vorhanden wären. Das radikale Proletariat aber wußte der von blasser Angst geleiteten Regierung auch noch ein drittes Parlament, den Rätekongreß, abzutrotzen und hat lange vor der Festsetzung der Wahlen durch seine Organe die Stimmung in den Arbeiterkreisen für die Wahlen vorbereitet. Tatsächlich hat denn auch keine bürgerliche Partei ihre Mitglieder so in der Hand wie die „unabhängige" Sozialdemokratie, deren Massen auf jeden Pfiff ihrer (Ver-) Führer sofort gehorsamst reagieren. Als die Arbeiterratswahlen ausgeschrieben wurden, waren sich weite Kreise des Bürgertums im Unklaren darüber, wer eigentlich wahlberechtigt sei. Der frühere Begriff des „Arbeiterrates" brachte es mit sich, daß zunächst unter den Wahlberechtigten nur die Faustarbeiter verstanden wurden, und es hat viel Mühe gemacht, diesen Irrtum zu zerstören. Die Sozialdemokratie aber hat von vornherein genau gewußt, um was es sich bei den Arbeiterratswahlen handeln würde.

2. Das Bürgertum ist auch insofern der Sozialdemokratie gegenüber im Nachteil gewesen, als alle selbständigen Handwerker und Kaufleute von den Wahlen zum Arbeiterrat ausgeschlossen waren, während es umgekehrt nicht selten vorkam, daß, wie uns berichtet wird, „unabhängige" Hausväter ihre Frauen, Söhne und Töchter mitwählen ließen, weil diese in der Hauswirtschaft vom Vater angeblich Lohn erhalten haben.

3. Bemerkenswert ist, wie das „Volksblatt" die Niederlage der „unabhängigen" Spartakuden besonders einleuchtend darstellen will: „Tausende von Arbeitern haben aber auch von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, weil große Massen des Volkes in ihrer Not und ihrem Ernährungselend zur Verzweiflung getrieben worden sind und kaum noch eine Rettung durch Wahlen erwarten." Dieser Erklärungsversuch der Niederlage, der einen fast an Verzweiflung grenzenden Aerger über den Wahlausfall zum Ausdruck bringt, ist mit geradezu grotesker Komik behaftet. Die Not und das Ernährungselend der Massen sind also noch nicht bei den Gemeinderatswahlen vorhanden gewesen, die doch nur einige Tage vorher stattgefunden haben — das ist schwer glaublich. Die Not und das Ernährungselend, die jetzt große Massen so geschwächt haben sollen, daß ihnen am Sonntag nicht mehr der Weg zum Wahllokal möglich war, haben noch nicht bestanden, als die Bürgerlichen Scheidemänner und Geschäftsführer in Massen stattfanden, zu denen doch ein weit größerer Kraftaufwand erforderlich war, als zu einem einfachen Gang zum Wahllokal — — das ist noch schwerer glaublich. Durchaus verständlich aber, weil auf der Hand liegend, ist, daß die „Unabhängigen" deswegen diese Niederlage bekommen mußten, weil das Benehmen und die Kommunal-„Politik" ihrer (Ver-) Führer so abstoßend in der Oeffentlichkeit gewirkt hat, daß einmal weite Kreise ihrer eigenen Anhänger entweder zu den Mehrheitssozialisten abgewandert, oder aus Verstimmung über ihre Führer der Wahlurne ferngeblieben sind und daß zum andern die Arroganz der Kistan und Konsorten zu einer Einigung des Bürgertums geführt hat. Die „Politik" des Arbeiterrates ist also zusammengebrochen. Der Wahlausfall ist die Dokumentierung hierfür.

4. Hervorgehoben zu werden verdient die Mitteilung des „Volksblattes", daß „eine große Zahl von Arbeitslosen" sich deshalb nicht in den öffentlichen Arbeitsnachweis hatte eintragen lassen, „weil sie nicht nach auswärts gehen wollten." Diese Feststellung des „Volksblattes" wird man sich merken müssen!

5. Wenn das „Volksblatt" meint, das Bürgertum hätte deswegen besser für die Arbeiterratswahlen bearbeitet werden können, weil den bürgerlichen Zeitungen mehr Papier zur Verfügung stände als ihm, so geht es auch hier an der Wahrheit vorbei. Tatsächlich ist bei den bürgerlichen Blättern die Papierknappheit ebenso groß wie beim „Volksblatt". Während dieses aber mit seinem Papiervorrat geradezu gewüstet hat — vielleicht in der Annahme, die Zeiten würden wiederkehren, in denen Genosse Kistan bei bürgerlichen Blättern Papier einfach für das „Volksblatt" „requiriert" hat — haben sich die bürgerlichen Blätter eingeschränkt. Das „Volksblatt" kann sich auch darüber nicht beklagen, daß es keine Propaganda für die Arbeiterratswahlen gemacht hätte: im Gegenteil, kein Blatt in Halle hat so frühzeitig, so umfassend und so intensiv auf seine Leser für die Wahlbeteiligung eingewirkt als das „Volksblatt". Darüber besteht gar kein Zweifel. Wenn trotzdem dem „Volksblatt" in seinem technischen Betriebe im letzten Augenblick vor den Wahlen ein Malheur passiert ist — von dem notabene die Oeffentlichkeit nichts gemerkt hat —, so kann man eben nur sagen: es hat nicht sollen sein!

Mag sich das „Volksblatt" in seinem Schmerz auch noch so drehen und winden, es wird den Eindruck nicht zu verwischen vermögen, daß die Arbeiterratswahlen die Quittung für die Tätigkeit des bisherigen Arbeiterrates enthalten. Der Ausfall der Wahlen bedeutet aber auch eine ernste Mahnung an das Bürgertum, die ihm zum Bewußtsein bringen sollte, welche Macht es gegenüber revolutionierenden Proletariern bilden kann — wenn es einig ist!

— Wo ist Karl Meseberg? Das „Volksblatt" ist besorgt um den Verbleib des Matrosen Meseberg, des Vertrauensmannes der hiesigen Matrosen-Kompagnie in Liquidation. Meseberg war seit dem Einmarsch der Regierungstruppen verschwunden, dann aber von den Landesjägern in Schutzhaft gesetzt worden. Trotz allen Nachforschungen nach seinem Verbleib — schreibt das „Volksblatt" — ist er in allen Gefängnissen in Halle nicht zu entdecken, so daß er seitdem spurlos verschwunden erscheint. Sollen wir auch hier in Halle einen Fall Augenburg erleben können?" — Schrecklich wär's. Wir glauben, Meseberg wird ebenso wohl aufgehoben sein, wie jeder andere, der im Schutze der Landesjäger weilt.

„H. Z."-Sportberichte

Die „H.-Z."-Pokalspiele im Saalegau

Riesige Zuschauermengen — Erbittertste Kämpfe — Große Ueberraschungen.

Daß der Verlag der „Hallischen Zeitung" durch das Ausschreiben des Wanderpreises einen solchen Erfolg haben würde, hatte wohl niemand erwartet. Außergewöhnlich große Zuschauermengen befunden das Interesse, welches man hier den Spielen entgegenbringt. Und der Sport selbst kam in einer Weise zu Worte, wie es selbst unsere Verbandsspiele selten oder gar nicht vermocht hatten. Niemals sind zu gleicher Zeit in Halle solche erbittertste Kämpfe ausgetragen worden, wie am letzten Sonntag. Von vier Spielen mußten drei verlängert werden, um den Sieger feststellen zu können; eines davon brachte keine Entscheidung und mußte wiederholt werden, da es bis zum Einbruch der Dunkelheit keiner Partei möglich war, den Sieg zu erringen. Die Vorrunden um den Pokal haben gezeigt, daß die Hallische 1. Klasse eine Ausgeglichenheit an Spielstärke besitzt, wie noch nie, so lange der Gau besteht. Die Fortsetzung der Spiele in den nächsten Runden verspricht hervorragenden Sport. Leider haben die Spiele durch das unerwartete Ausscheiden Wackers viel an Interesse verloren. Auch der Ausgang des Spieles Halle 98 gegen Sportverein entspricht nicht den Erwartungen. Wader und Halle 96 werden eingehen haben, daß man nicht ungestraft mit schwachen Mannschaften in derartige Spiele gehen darf. Während Wader gleich ausschied, hat Halle 96 das Glück, das Spiel nochmals austragen zu dürfen. Der schwere Kampf zwischen Sportfreunde und Borussia entsprach den Erwartungen, ebenso der sichere Sieg Favoritis über Eintracht. Durchweg sah man hervorragende Leistungen, und der Zweck, den die H. Z. mit diesen Spielen verfolgt, ist glänzend erreicht worden. Nach Schluß der Verbandsspiele geben die Pokalspiele noch einmal einen großen Ueberblick über das Können der hiesigen 1. Klasse und gestatten eine Nachprüfung der im Laufe der Spielzeit gezeigten Leistungen und gefundenen Einsätzungen. Ueberall lag die Leitung der Spiele in besten Händen, so daß die Ergebnisse als einwandfrei angesehen sind.

Nun zu den Spiel einzelnd.

Borussia gegen Sportfreunde 3:2.

Nach Spielverlängerung durch Selbsttor entschieden.

Das Spiel hatte von allen Kämpfen die meiste Anziehungskraft ausgeübt. Was wir in unserer Besprechung voraussagten, traf ein, das Spiel stand nach Ablauf der regulären Spielzeit 2:2 und mußte um 2×15 Minuten verlängert werden. Zwei gleich starke Mannschaften kämpften um den Sieg, die glücklichere von ihnen blieb Sieger. Sportfreunde waren in der Zusammenarbeit die, bessere Elf. Borussia in der Schnelligkeit und dem energischen Drange nach vorn. Trotzdem Sportfreunde mit dem Winde die erste Halbzeit spielen, kann Borussia bis zur Pause mit 2:0 führen. Ein Ueberraschungstor in der ersten Minute und ein Elfertor bringen die beiden Erfolge. Trotzdem nun die Sportfreunde gegen den starken Wind spielen, sind sie die besseren und stellen das Spiel durch zwei prächtige Schüsse auf gleich. In der Spielverlängerung verschulden die Sportfreunde ein Selbsttor, welches dem Gegner den Sieg bringt.

B. f. B. Merseburg gegen Wader 2:1.

Große Ueberraschung. — Ebenfalls Spielverlängerung.

Wader trat mit einer durch Ersatz geschwächten Mannschaft an und mußte dieses mit dem Verlust des Spieles büßen. Die Merseburger waren schnell an Mann und Ball und gewannen verdient, wenn auch Wader im Felde durchaus ebenbürtig war. Mit voller Mannschaft wäre Wader der Sieg wohl nicht zu nehmen gewesen.

Favorit gegen Eintracht 5:0.

Das Resultat gibt den Unterschied zweier Klassen wieder. So sehr sich Eintracht anstrengte, so reichte doch die Elf an das Spielvermögen des Gegners nicht heran. Favorit siegte nach Gefallen.

Halle 96 gegen Sportverein 98 2:2.

Wegen Dunkelheit abgebrochen.

Auch Halle 96 trat mit einer recht schwachen Mannschaft an und viel hätte nicht gefehlt, und auch dieses Spiel hätte mit einer Riesenüberraschung geendet. Der Gaumeister hatte nur 6 Mann seiner 1. Mannschaft zur Stelle. Alles andere war Ersatz, und zwar recht mangelhafter. Ergo beging die Mannschaft den Fehler, als sie in der Verlängerung mit 2:1 führte, nicht die Deckung zu verstärken, so daß dem Sportverein der Ausgleich gelang. Das Spiel mußte nach 7stündiger Dauer wegen Dunkelheit abgebrochen werden und gelangt nochmals zum Austrag. Ohne Zweifel hat der Sportverein das ausgeglichenere Spiel, wenn auch Halle 96 bei mehr Aufmerksamkeit gewinnen konnte. Ein Elfertor, das dem Sportverein den Sieg gebracht hätte, wurde von diesem verschossen.

Nach den Leistungen der Vorrunden muß man sich für die beiden Zwischenrundenspiele auf noch hartnäckigere Kämpfe gefaßt machen. An den weiteren Kämpfen nehmen Borussia, Favorit, B. f. B. und der Sieger des Wiederholungsspieles teil. Das Los wird auch hier die Gegner bestimmen.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 17. März. Die Börse eröffnete die neue Woche in einheitlicher Stimmung. Kaufluft gab sich für Bergwerksaktien, namentlich oberschlesische, auf die Nachricht über die Besserung der Arbeitsverhältnisse, kund. Laurahütte setzte mit einer Besserung um 4% Prozent ein. Von rheinisch-westfälischen waren besonders Lothringer Hütte gebessert. Phönix waren zu wenig veränderten Kursen gehandelt. Rombacher stellte sich gleichfalls bemerkenswert höher. Auch Rüstungswerte bedegneten zeitweise regerer Kauflust, namentlich Orenstein, Deutsche Waffen und Köln-Rottweiler Schiffahrtsaktien neigten zur Schwäche, konnten sich aber späterhin auf Deckungen hin erholen. Bedeutende Besserung erfuhren auch Orientbahnaktien auf die Zeitungsmeldung, daß ein französisches Konsortium den Besitz des Wiener Bankvereins an Orientbahnaktien zu erwerben beabsichtige. Am Anleihemarkt waren deutsche Anleihen zu behaupteten Kursen umgesetzt. Reuche zogen zum Teil an, besonders Meiininer. Um späteren Verkäufe wurde die Haltung allgemein schwächer, im Zusammenhang mit der Erörterung über das bekannte Abkommen mit der Entente. Die Börse schloß im allgemeinen ruhig und ziemlich fest. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte zeigten vielfach wesentliche Besserungen. Deutsche Anleihen waren fest. Kriegsanleihen bemerkenswert höher.

Produktenbericht.

Berlin, 17. März. Die Witterung ist seit einigen Tagen wieder kühler geworden, hat aber auf die Feldbestellung keinerlei Einfluß gehabt. Im hiesigen Verkehr hat sich wenig verändert. Die Nachfrage für Saatgetreide, namentlich für Saathafer, hielt an, ohne indes voll befriedigt werden zu können. Desgleichen für Sommerwicken, Seradella, Meerscanten und Grassämereien zu sagen. Etwas mehr Angebot besteht in Mähen, besonders in Mähren. Auch Kunstdrücken sind zu kaufen. Rauhfutter fehlt andauernd im freien Verkehr. Als Ersatz wird Rapa- und Senfstroh umgesetzt.

*

ss. **Eisenhüttenwerk Thale, Akt.-Ges. in Thale a. H.** (Drahtmeldung.) In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende auf 28 Prozent nebst einer besonderen Vergütung von 100 Mark pro Aktie festgesetzt. Der Vertreter einer Aktiengruppe, welche eine Erhöhung der Dividende wünschte, erklärte, daß er im Hinblick auf die im vor Beginn der Generalversammlung von der Verwaltung gegebenen Auskünfte von der Stellung dieseßbezüglicher Anträge absehe. Ueber die Aussichten wurde bemerkt, daß ein Auftragsbestand von mehreren Millionen Mark vorliegt, daß sich die Fabrikation aber wegen unzureichender Brennstoffbelieferung unter erheblichen Störungen vollzieht.

* **Vereinigte Elbe-Schiffahrts-Gesellschaft A.-G. in Dresden.** Das abgelaufene Geschäftsjahr ergab einen Ueberschuß von 217 100 Mk. (5 8. Betriebsverlust 472 066 Mk.). Nach Abschreibungen von 530 000 Mk. (407 000 Mk.) von den eigenen Betriebsmitteln und von 114 890 Mk. (85 807 Mk.) von den erworbenen Vermögensobjekten der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschiffahrts-Gesellschaft verbleibt ein Verlust von 237 049 Mk. (965 458 Mk.), so daß sich der Verlustsaldo aus dem Vorjahre von 3 314 968 auf 3 552 012 Mk. erhöht.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume	102,50
Halberstadt-Blankenb.	89,50	Gasmotoren Deutz	180,—
Halle-Hettstedter	78,25	Gebhardt u. Co.	241,—
Schantungbahn	129,—	Geisenkirch. Bergw.	198,00
Allg. Lokal-Str.	140,—	Glauziger Zuckerfbr.	—
Gr. Berl. Str.	130,75	Halleache Masch.-Fabr.	220,00
Magdeburger Str.-B.	160,—	Hann. Masch.	100,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	168,75	Harpener Berg	138,25
Ostenthbahn	222,50	Hasper Eisen	140,00
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	170,—
Hambg. Paketfahrt	91,—	Höchster Farbw.	257,50
Hamburg-Südamerika	146,25	Hoesch Eisen u. Stahl	220,—
Hansa-Dampfschiff	197,50	Hohenlohe-Werke	190,75
Nordd. Lloyd	92,50	Humboldt-Masch.	190,25
Banken:		Ilse-Bergbau	355,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	175,—
Berl. Handelsges.	158,—	Kattw. Asscheraleben	157,00
Comm u. Diskontobank	123,50	Körbisdf. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	120,—	Kyffhäuserhütte	111,75
Deutsche Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	158,00
Deutsche Bank	226,—	Lauchhammer	158,—
Diskonto-Comm.	181,—	Laurahütte	159,—
Dresdner Bank	146,—	Linke u. Hofmann	152,50
Credit-Anst. Leipzig	150,25	Ludwig Loewe u. Co.	257,50
Mitteld. Kreditbank	122,—	Lothringer Hütte	145,—
Privat-Bank	—,—	Mannesmannröhren	170,00
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	134,75
Oesterr. Kredit	—,—	do. Cara Hed.	138,75
Reichsbank	129,50	do. Kokswerke	218,75
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	172,—
Schultheiss-Brauerei	249,—	Phönix-Bergb.	188,25
Akt. f. Anilin	224,—	Rhein. Metall-Verw.	190,00
Allgem. Elektr.-Ges.	165,75	Rheinr. Stahlwerken	180,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rhet.-sch. Montan	116,—
Anhalter Kohlenw.	160,—	Rombacher Hütten	151,00
Annaberger Steingut	177,—	Rositzer Brauerei	118,50
Badische Anilin	184,25	Rositzer Zucker	242,—
Bergmann Elekt.-Akt.	148,75	Sanderschäuser Masch.	217,—
Berl. Masch.-Bau	207,50	Rupo Schneider u. Co.	122,50
Bismarckhütte	148,—	Schuckert u. Co.	147,75
Bochumer Gußstahl	148,75	Siemens u. Halske	142,50
Chem. Fabrik Buckau	118,50	Stettiner Vulkan	116,—
Chem. Griesheim	157,50	Stollberger Zink	217,—
Chem. v. Heyden	232,—	Stralg. Spielkarten	237,—
Consolidation Schalke	245,—	Thale-Eisenhütte	188,—
Crölwitzer Papierfbr.	211,—	Thüringer Akt.-Ges.	367,75
Daimler-Motoren	230,—	Türkische Tabakregie	207,—
Deutsche Lutzenburg	122,—	Ver. Köln-Rottweiler	451,—
Deutsche Uebersee-El.	162,—	Glanzstoff Elberf.	—,—
Deutsche Erdöl	252,—	Wegelin u. Hübner	150,00
Deutsche Gasglühl.	230,—	Werach.-Weissenf. Brk.	270,00
Deutsche Kali	169,50	Westeregeln-Alkali	192,25
Deutsche Waff. u. Mun.	198,—	Wittener Gußstahl	114,00
Donnersmarckhütte	219,75	Wrede-Mälzerei	—,—
Dürrkopp u. Lehrmann	82,50	Zeitz. Kriebstsch. Brk.	208,—
Dürkoppwerke	200,—	Zeitzer Masch.	212,75
Eilbeckfelder Farben	208,—	Zellstoff Waldhof	128,75
Otavi-Minen	—,—		

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903181-12/fragment/page=0004